Der oberschlesische Wanderer

Nr. 135
96. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Dienstag, den 10. Juni 1924

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 15 Goldpfennig, f. poln. Oberschl. 300000 poln Mk.

Heute: Sport in Oberschlesien

Älteste und verbreitetste Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien Woche 60 Goldpfennige, in Polnisch-Oberschlesien 0,75 Złoty, im Voraus zahlbar Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien loty — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, ik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amtliche, Finanz- und Heilmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bezw. 0,40 Złoty. - Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. - Beilagengebühr 4,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Poincarés Nachfolger ernannt

Finanzminister Marshal französischer Ministerpräsident

Paris 8. 6. Die Empfänge im Elysee dauerten den ganzen Sonnabend hindurch an. Am späten Abend hat Präsident Millerand den Finanzminister François Marshal, mit der Bildung der neuen Regierung betraut. Marshal hat diesen Auftrag übernommen und will sich am Dienstag der Kammer und dem Senat vorstellen.

Der jetzt ernannte Ministerpräsident François Marshal ist im Jahre 1874 in Paris geboren. Er war früher Offizier und wurde dann Bankbeamter. Seit 1921 ist er Senator. 1920 wurde er von dem damaligen Ministerpräsidenten Millerand zum Finanzminister bestimmt und ist dann auch in dem Kabinett Poincaré Finanzminister gewesen. Er hat, die von der Linken vielfach als verfehlt angegriffene Stützung des französischen Franken durchgeführt und ist deshalb gerade in den letzten Tagen des Kabinetts Poincaré viel genannt worden.

*

TU. Paris, 9. Juni. Heute morgen ½11 Uhr haben die neuen Minister ihre erste Konferenz abgehalten. Gegen ½5 Uhr haben sie sich offiziell dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Die Minister haben dann den Text der Regierungserklärung abgefaßt und beschlossen, sich um 11 Uhr zu einem Ministerrat im Elysee zu treffen.

TU. Paris, 9. Juni. Das neue Kabinett ist noch gestern in später Abendstunde gebildet worden. Präsident und Finanzminister ist François Marsal. Fünf Ministerien sind mit denselben Mitgliedern besetzt wie im letzten Kabinett Poincaré.

Politischer Hochbetrieb

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 10. Juni.

Die Ruhepause, die sich der Reichstag bis zum Mai genommen hat, stellt für die Reichsregierung keineswegs eine Unterbrechung ihrer Arbeiten dar. Im Gegenteil, nach den Pfingstfeiertagen wird in der Wilhelmstraße ein politischer Hochbetrieb beginnen, wie man ihn seit Wochen und Monaten nicht gewohnt war. Diplomatische Unterhandlungen, Ministerräte über die Gesetzentwürfe zur Durchführung der Sachverständigen-Gutachten, Berichterstattung auswärtiger diplomatischer Stellen, wechseln ab. Minister Dr. Stresemann kann keineswegs daran denken, jetzt den üblichen Erholungsurlaub anzutreten, der jedem Regierungsmann zusteht, wenn er einen parlamentarischen Erfolg errungen hat. Vielmehr wird gerade auf den Schultern des Außenministers eine Fülle von Arbeit ruhen, während die Ressortminister ihrerseits gegenseitig beschäftigt haben werden, die Zeit in Muße zu verbringen.

Im Reichseisenbahn-Ministerium kommt zur Zeit Beratungen über Beratungen statt. Das Problem der Reichseisenbahnen, das alle Kreise mit großer Sorge erfüllt, wird in Denkschriften und Gutachten bis in die kleinsten Einzelheiten hinein behandelt. Das Reichswirtschaftsministerium verhandelt mit den Wirtschaftskreisen über Kreditnot und Krise sowie über die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen. Das Arbeitsministerium muß ständig mit den fast täglich eintretenden Arbeitsstreitfragen befassen, Verhandlungen einleiten, Schiedssprüche fällen, während das Reichsjustizministerium seinerseits eine Fülle von wichtigen Arbeiten zu erledigen hat.

In diese geschäftige Zeit fallen noch wichtige politische Einzelprobleme, die der dringenden Lösung harren. Die Note der Botschafterkonferenz über die Militärkontrolle muß beantwortet werden. Weiterhin treten jetzt neue Besprechungen mit den Vertretern Sowjet-Rußlands ein, die mit größter Vorsicht und Zurückhaltung geführt werden müssen, und bei denen es darauf ankommt, eine nüchterne und klare, aber auch entschiedene Haltung deutscherseits einzunehmen. Ein Glück, daß es gelungen ist, die parlamentarische Situation noch vor den Pfingstferiertagen zu klären. Der Reichstag war wirklich barmherzig, als er der Regierung ein Vertrauensvotum für seine außenpolitischen Geschäfte erteilte und für 14 Tage in die Ferien ging. Die Minister brauchen ihre kostbare Zeit nunmehr nicht in fruchtlose Parlamentsdebatten verschwenden, sie können nicht Verteidigungsmaßnahmen gegen die Opposition zu ergreifen und können sich ungestört ihren Aufgaben widmen. Aeußerlich wird man von dem politischen Hochbetrieb in der Wilhelmstraße nichts merken, da die Regierungsmänner größere Zurückhaltung wahren müssen und nur sehr wenig an den vielen, inhaltsschweren Besprechungen an die Oeffentlichkeit dringt. Sobald der Reichstag wieder zusammentritt, hat die Regierung die harte Nuß, die Gesetze über die Durchführung der Sachverständigen-Gutachten vorzulegen. Dann wird der Kampf von neuem beginnen; Opposition und Regierung müssen sich in dieser Zeit gerüstet haben, um die Entscheidung über die außenpolitischen Probleme herbeizuführen.

Immerhin ist die Situation der Regierung einigermaßen gerettet. Die Sozialdemokraten werden vorläufig keine Schwierigkeiten machen, da sie keinen Grund haben, nochmals die Gefahr von Reichstagsneuwahlen heraufzubeschwören. Die deutschnationale Opposition dürfte ebenfalls in ein ruhigeres Fahrwasser eintreten, so daß nur noch der Kampf mit den radikalen Linken und den Nationalsozialisten bleibt. Die Regierung wird sich bemühen, in der kommenden Pause eine vollständige Klärung der politischen Lage herbeizuführen, damit sie nicht mit leeren Händen vor den Reichstag hintritt, dem zumutet werden soll, Gesetze zu erlassen, die für das Schicksal des deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus ausschlaggebenden Einfluß ausüben. Sie hofft, daß es ihr gelingen wird, einen besseren Boden vorzufinden als in den letzten Tagen, wo ernste Sorgen, verschärfte innerpolitische Streitfragen den klaren Blick der politischen Köpfe getrübt hatten.

Der Kampf um Millerand

TU. Paris, 10. Juni. Die Linkspresse schreibt programmatisch: Dienstag wird die Botschaft Millerands in der Kammer abgelehnt werden. Die Demission Millerand wird für Mittwoch erwartet. Am Freitag wird voraussichtlich die Wahl des neuen Präsidenten stattfinden.

Im Gegensatz hierzu meldet heute das „Journal":

Umfall der Sozialisten

Cb. Genf, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die gemäßigten Sozialisten haben am ersten Pfingsttag beschlossen, ihren bisherigen Standpunkt in der Präsidentschaftsfrage aufzugeben; sie werden entweder sich der Stimmen enthalten oder für Millerand eintreten und zwar aus verfassungsrechtlichen Gründen.

Cb. Zürich, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die „Neue Zürcher Ztg." meldet aus Paris: **Für die heutige Kammersitzung errechnet man eine kleine Mehrheit von 25 bis 30 Stimmen für das neue Kabinett. Der Umfall der gemäßigten Sozialisten hat die Aussicht der Regierungspartei merklich gebessert.**

Cb. Genf, 10. Juni. (Eig. Ber.) Nachdem alle Senatsfraktionen Entscheidungen für und gegen Millerands Verbleiben im Elysee gefaßt haben, stellt das Journal fest, daß im Senat eine einfache Mehrheit für die Präsidentschaft Millerands vorhanden sei und eine Zweidrittel-Mehrheit für das neue Kabinett Marsall.

Der politische Spieltisch

Rotterdam, 10. Juni. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus London: Bei Lloyd in London wurde am Sonnabend für eine Wiederkehr des Kabinetts Poincare bei Fortbestehen der Präsidentschaft Millerands innerhalb einem Vierteljahr 3 gegen 2 gewettet

Anwesenheitszwang für Sozialisten

Rotterdam, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die Times schreiben in ihrer Pfingstnummer, aus der Umgebung des Premierministers Macdonald werde versichert, daß die geringe Mehrheit, die die Abstimmung im Unterhaus über den Bau billiger Arbeiterhäuser gebracht habe, der Regierung die Gefahr einer Niederlage ernstlich zum Bewußtsein gebracht habe. Infolgedessen habe die Arbeiterpartei beschlossen, für alle Abstimmungen den Anwesenheitszwang für ihre Mitglieder einzuführen.

Zur Lage im Innern

Cb. Berlin, 10. Juni. (Eig. Ber.) Es bestätigt sich, daß das Kabinett Marx bereits vor dem Vertrauens-Votum im Reichstag den Inhalt der in Aussicht genommenen Gesetze zur Durchführung der Expertenbeschlüsse der Pariser Reparationskommission hat mitteilen lassen, wie am Sonnabend das Pariser Journal und der Temps übereinstimmend melden. Wenn der Reichstag am 27. Juni wieder zusammentritt, soll er sämtliche Gesetzesvorlagen, die sich aus dem Expertenbeschluß ergeben, vorfinden.

Straferlaß an der Ruhr

TU. Betrop, 9. Juni. Die belgische Militärbehörde der Besatzungsarmee teilt mit, daß sie die gegen 50 Deutsche verhängte Strafe, welche aus Anlaß des passiven Widerstandes verhängt worden, amnestiert habe.

Japan in Erregung

Cb. Rotterdam, 10. Juni. (Eig. Ber.) Reuter meldet aus Tokio, daß in der Nacht zum Sonntag in Tokio neue Demonstrationen gegen das amerikanische Konsulat stattgefunden haben. Die bereitgestellte Polizeiwache verhinderte größere Ausschreitungen. In den Lokalen und Hotels wurden anwesende Nordamerikaner zu einer neuen Vorstellung der nordamerikanischen Botschaft geführt hat.

Dr. Seipels Befinden verschlechtert

Wien, 10. Juni. (Eig. Ber.) Im Befinden Dr. Seipels ist gestern abend eine leichte Verschlimmerung eingetreten. Der Kanzler klagt über Schmerzen in der rechten Lunge. Die Temperatur ist gestiegen. Die Ausgabe von Bulletins erfolgt auf Wunsch des Kanzlers nicht.

Marshals Programm

Gerechter Friede — Warnung an Deutschland

Cb. Basel, 10. Juni. (Eig. Ber.) Die Baseler Nationalzeitung meldet aus Paris: Minister Marshal warnt in einer Pfingstansprache zu Pariser Journalisten Deutschland vor Revanchegelüsten. Marshal beruft sich auf seine Erklärung, die er heute in der Kammer abgeben wird, daß Frankreich nur den Ehrgeiz habe, nämlich, einen gerechten Frieden zu erlangen, ihm also alle militaristischen und imperialistischen Absichten fern liegen.

Macdonald an den Völkerbund

Berlin, 9. Juni. Macdonald habe kurz vor Pfingsten sein Expose über die englische Außen-Politik beendet, das er persönlich der Vollversammlung des Völkerbundes vorlegen will.

Was die Zukunft bringt

Vor wichtigen Schritten der Reichsregierung.

(Eigener Informationsdienst.

(f) Berlin, 9. Juni.

Von einer dem Auswärtigen Amt nahestehenden Persönlichkeit erfahren wir, daß für die nächsten Tage außerordentlich bedeutungsvolle diplomatische Aktionen der Reichsregierung bevorstehen. Wie versichert wird, handelt es sich zunächst um eine Fühlungnahme, die Minister Dr. Stresemann mit den Kabinetten in Paris und Brüssel herstellen will, um die deutschen Ehrenforderungen, die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen zu unterbreiten. Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. v. Hoesch, wird beauftragt werden, nach erfolgter Neubildung der französischen Regierung einen Schritt bei dem Quai d'Orsay zu unternehmen, um die Wünsche der deutschen Regierung vorzutragen. Einen gleichlaufenden Schritt wird der deutsche Gesandte in Brüssel unternehmen. Gleichzeitig soll eine deutsche Rückfrage bei den beteiligten Regierungen erfolgen, um festzustellen, bis zu welchem Termin die Wiederherstellung der deutschen Wirtschafts- und Verwaltungsfreiheit in den besetzten Gebieten erfolgen kann. Von weiterer ausschlaggebender Bedeutung ist die Frage der Auslandskredite, die nur durch eine beschleunigte Wiederherstellung der deutschen Souveränität im besetzten Gebiet gelöst werden könne. Die vor einigen Tagen von diplomatischer Seite erfolgten Ankündigungen, daß Reichskanzler Dr. Marx und Minister Dr. Stresemann im Verlauf des nächsten Monats Gelegenheit zu einer direkten Aussprache mit den Reierungschefs der beteiligten Mächte haben werden, sind offiziell noch nicht bestätigt.

Der russische Streitfall

Die Antwortnote an Deutschland.

= Berlin, 9. Juni. (Drahtmeld.)

Nach Kenntnisnahme des Wortlauts der Antwortnote der russischen Regierung im Auswärtigen Amt ist man geneigt, die Lage wieder etwas günstiger zu beurteilen. In der Note sind Schärfen vermieden, die in Deutschland neue Verstimmung erzeugen könnten. Die Frage der Exterritorialität ist, wie wir bereits vor einiger Zeit meldeten, noch nicht geklärt und weiteren Besprechungen zwischen Berlin und Moskau vorbehalten. Die Verhandlungen hierüber werden in kürzerer Zeit bereits einsetzen, um alle Mißstimmigkeiten zwischen den beiden Ländern zu beseitigen. Die Frage wird sich auch insofern nicht mehr so überaus schwierig gestalten, als die Handelsmission in Berlin ihren alten Umfang nicht mehr erhalten wird, da ein Teil der Geschäfte in andere Länder, vor allem nach Holland verlegt worden ist. Die Auswirkungen dieser russischen Maßnahme für die deutsche Wirtschaft lassen sich bisher keineswegs übersehen und es gilt nicht als ausgeschlossen, daß, falls diese Maßnahme sich für Rußland als ungünstig herausstellen sollte, die Sowjetregierung der Berliner Handelsvertretung wieder einen größeren Rahmen gibt. Nach der Meinung der Sachverständigen sind die Nachteile des jetzigen Zustandes für Rußland größer als für Deutschland. Man wird in allen politischen Parteien die Einigung in der Streitfrage, die wohl die notwendige und sichere Folge des Notenaustausches sein wird, sehr begrüßen, da hierdurch die dunklen Wolken am außenpolitischen Himmel sich um ein weniges verschieben.